

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 2280.

Nr. 39

Mittwoch, den 15. Februar 1922

13. Jahrgang

Vertrauensmehrheit für Wirth?

Die abgelehnte große Koalition.

Nach den gestern stattgefundenen Sitzungen und Verhandlungen, in deren Mittelpunkt die Besprechung der Führer der drei Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei mit dem Reichskanzler stand, scheint die Vertrauenskrise eine befriedigende Lösung zu finden. Zunächst schien die Möglichkeit eines Ausgleiches nach keiner Richtung gegeben, denn neben der demokratischen Fraktion stellte besonders die Deutsche Volkspartei die Frage der „großen Koalition“ in den Vordergrund. Die Volkspartei erklärte sich bereit, ihren Misstrauensantrag zurückzuziehen, wenn die große Koalition verwirklicht würde. Die Demokraten verhielten sich zu dieser Forderung nicht ablehnend, sondern schienen geneigt, sie erneut zu einer Kabinettsfrage zu machen.

Diesem Treiben hat die sozialdemokratische Fraktion glücklicherweise einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem sie es ablehnte, das Ergebnis der Abstimmung durch irgendwelche Zusätze bezüglich ihrer Beteiligung an der sogenannten großen Koalition zu beeinflussen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird von der Berliner Presse dahin zusammengefasst, daß die Bemühungen um die Herstellung der großen Koalition für den Augenblick als gescheitert anzusehen sind.

Wird die Volkspartei also vorerst ihre Hoffnungen begraben müssen und dafür ihren Misstrauensantrag aufrechterhalten, so macht sich dafür in den Reihen der Unabhängigen eine Klärung bemerkbar. Man scheint den Warnungsruf der „Freiheit“: „Stimmen vor den Loren!“ soweit begriffen zu haben, daß man die Gefahr des Einzuges der Deutschen Volkspartei nicht durch den Sturz des Kabinetts Wirth selbst herbeiführen will. Zwar hat die unabhängige Fraktion beschlossen, gegen den Antrag zu stimmen: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung, sie hat jedoch erklärt, falls dem Reichstag von den Regierungsparteien ein anderer Antrag vorgelegt werde, würde die Fraktion der U.F.D. erneut Stellung nehmen, und es wird dabei für die Entscheidung der Fraktion von Bedeutung sein, ob Garantien und Sicherungen gegen Maßnahmen der Beamten und Arbeiter aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks gegeben werden, um so den Unabhängigen zu ermöglichen, für ein Vertrauensvotum zu stimmen oder sich wenigstens der Stimme zu enthalten.

Um nun eine ausreichende Mehrheit für die Regierung Wirth zu erzielen, wird den Blättern zufolge innerhalb der Regierungsparteien erwogen, den Vertrauensantrag so umzuändern, daß er sich nicht lediglich auf die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik bezieht, sondern auf die gesamte, insbesondere auf die äußere Politik der Regierung, die auch von den Unabhängigen gebilligt wird. Ein solches Vertrauensvotum würde etwa folgendermaßen lauten: Der Reichstag spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung zu ihrer Amtsführung bedarf. Die endgültige Formulierung des Vertrauensantrages soll heute vormittag nach Verhandlungen unter den Regierungsparteien erfolgen.

Infolge dieser Sachlage fassen die Berliner Blätter ihre Ausführungen über die innerpolitische Lage dahin zusammen, daß sie eine ausreichende Mehrheit für das Kabinett Wirth für gesichert halten.

Auf „Post. Ztg.“ wird man sich in der heutigen Reichstagsitzung nicht lediglich auf die Abstimmung beschränken, sondern der Reichskanzler wird vor der Abstimmung das Wort ergreifen und dadurch eine Debatte ermöglichen. Das soll den Regierungsparteien die Möglichkeit geben, ihren ursprünglichen Antrag zurückzuziehen und ihn durch einen neuformulierten zu ersetzen.

Ein Reichsmietengesetz.

Die gestrige Sitzung des Reichstages wurde eingeleitet durch einen warm empfundenen Nachruf, den Präsident Loebe dem verstorbenen demokratischen Abgeordneten Conrad Gaußmann widmete. Sodann erledigte die Versammlung eine Reihe kleinerer An-

fragen und wandte sich der zweiten Lesung des Reichsmietengesetzes zu. Aus dem Inhalt des Gesetzes ist zu bemerken, daß der gesetzliche Charakter der Wohnungsmieten festgelegt werden soll und die Mieten selbst sich zusammensetzen sollen aus der Grundmiete, d. h. der Friedensmiete vom Juli 1914, und den Zuschlägen für Betriebs- und Verwaltungskosten sowie für laufende Instandsetzungsarbeiten. Außerdem sollen Zuschläge erhoben werden für die sogenannten großen Instandsetzungsarbeiten, die völlige Erneuerung der Dachrinnen und Abzug des Hauses usw. Bei der Festlegung der Zuschläge sind auch die Organisationen der Mieter und Vermieter zu hören. Das Gesetz soll am 1. April 1922 in Kraft treten und zunächst auf 4 Jahre gelten. Namens des Reichsarbeitsministeriums beauftragte Ministerialdirektor Dr. Ritter die Vorlage, die er als Sicherstellung des Hausbestandes bezeichnete, die den Mieter nicht übermäßig belasten soll. Das Gesetz sei ein Zwischending und ein Ausgleich zwischen Zwangsbewirtschaftung und freier Wirtschaft. Der Abg. Silber Schmidt (Soz.) bestritt, daß dieses Gesetz eine Sozialisierung des Hausbestandes sei. Die Rechte der Mieter seien zu wenig gewahrt. Abg. Gutknecht von den Deutschnationalen lehnte das Gesetz als Ausnahmegesetz ab. Der Unabhängige Kubitz trat für die Sozialisierung des Hausbestandes ein. Heute wird weiterberaten, außerdem abgestimmt über die Vertrauens- bzw. Misstrauensvoten für die Regierung.

Deutscher Schiffbau für die Alliierten.

Zur „Wiedergutmachung“ ist in § 5 der Anlage B zu Teil 8 des Versailler Friedensvertrages bestimmt, daß die Reparationskommission binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages der deutschen Regierung die Höhe des Schiffbaues mitteilen wird, der in jedem der drei auf die vorstehend erwähnten zwei Jahre folgenden Jahre anzulegen ist. Vor einigen Tagen ist in Berlin eine Delegation der Reparationskommission eingetroffen, um mit der deutschen Regierung über die Einzelheiten der für die Alliierten zu bauenden Handelschiffe zu verhandeln. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, hat die Delegation verlangt, daß jährlich 40 000 Bruttotonnen auf deutschen Werften für die Alliierten gebaut werden.

Deutschland und der Weltgerichtshof.

Anlässlich der feierlichen Eröffnung des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag am 15. Februar hat die Deutsche Liga für Völkerbund an den Präsidenten Dr. Loder ein von dem früheren deutschen Vorkämpfer in Washington, Grafen Bernstorff, dem Völkerrechtslehrer Professor Schäffling und dem früheren Reichsminister des Aeußern Dr. Simons unterzeichnetes Schreiben gerichtet, in dem sie erklärt, es sei für sie schmerzlich, daß Deutschland bei der Schaffung der großen ständigen Einrichtung des Weltgerichtshofes nicht unmittelbar beteiligt gewesen sei. Wäre das der Fall gewesen, so würde die neue deutsche Regierung sicherlich das Bedürfnis gehabt haben, das Zustandekommen dieser alten Sehnsucht aller Friedens- und Völkerrechtsfreunde nach ihren Kräften zu fördern. Durch den kürzlich erfolgten Abschluß des deutsch-schweizerischen Schiedsvertrages habe die deutsche Regierung ein deutliches Zeugnis für ihre Bereitschaft abgelegt, zum Ausbau der internationalen Rechtsordnung beizutragen.

Attentat auf den finnischen Ministerpräsidenten.

Gestern nachmittag wurde auf den Minister des Innern Mäntynen drei Revolvergeschosse abgegeben, als er vor seiner Wohnung aus dem Automobil stieg. Er erlag auf dem Wege zum Krankenhaus seinen Verletzungen. Der Mörder wurde verhaftet. Es ist ein Kaufmann Ernst Tandefell. Der Mörder, der niemals eine politische Rolle gespielt hat, wird für nicht zurechnungsfähig gehalten.

Die Amnestierung der kommunistischen Märzopfer.

Im Hauptausschuß des Reichstages gab Reichsjustizminister Dr. Radbruch eine ausführliche Gnadenstatistik bekannt. Danach sind bisher insgesamt 1230 Gnadenerweise in Vorschlag gebracht worden. Außerdem ist mit Rücksicht auf die Weihnachtsgeschichte des Reichspräsidenten die Strafvollstreckung bei den mit nicht mehr als mit einem Jahre Freiheitsstrafen Bestraften in nahezu 800 Fällen mit Rücksicht auf einen bevorstehenden Gnadenerweis unterbrochen worden. Urteile, die Zuchthausstrafen betreffen, sind 814 abgeändert, und zwar in 302 Fällen durch Umwandlung der Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen oder Festungshaft, meist unter gleichzeitiger Herabsetzung der Strafbauer. Ferner sind von den Gerichten in zahlreichen Fällen Strafen ausgesetzt und Bewährungsfrist bewilligt worden.

Prag, 14. Febr. Der Präsident der Republik hat den wegen Teilnahme am Dezemberputsch 1920 Verurteilten in bedeutendem Umfange Amnestie gewährt, die bis auf geringfügige Ausnahmen eine fast vollständige Aufhebung der wegen des Dezemberputsches verhängten Strafen bedeutet. Für die Gewährung der Amnestie war maßgebend, daß die überwiegende Mehrzahl der Verurteilten einer unbesonnenen Agitation zum Opfer gefallen war und keinen Begriff von dem wirklichen Ziele des Putsches und der Tragweite der von ihnen begangenen Taten hatte.

Frankreichs Gewerkschaften gegen Moskau.

Paris, 14. Febr. (W.F.) Der Nationalrat des allgemeinen Arbeiterverbandes (C.G.T.) hat heute vormittag zwei wichtige Abstimmungen vorgenommen. Dem Verwaltungsrat, an dessen Spitze Jouhaux steht, wurde mit 92 Stimmen bei drei Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen und seine Geschäftsführung gebilligt. In der zweiten Abstimmung wurde der Antrag, einen außerordentlichen Kongreß abzuhalten, mit 88 Stimmen gegen 8 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Die beiden Abstimmungen bedeuten eine vollkommene Absage an die Gewerkschaften, die sich für die Internationale von Moskau ausgesprochen haben.

Die Suche nach den Erzberger-Mördern.

Budapest, 14. Febr. Wie das „8-Uhr-Abendblatt“ meldet, hat die Budapester Oberlandeshauptmannschaft auf Ersuchen des Offenburger Landesgerichts einen Steckbrief gegen die der Ermordung Erzbergers Beschuldigten, und zwar den Münchener Kaufmann Heinrich Schulz und den ehemaligen Oberleutnant Zilleßen erlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß auch deutsche Geheimpolizei nach Pest gekommen sei, da sich mehrere Anhaltspunkte ergeben hätten, daß sich beide Beschuldigten in Pest aufhalten. Die deutschen Geheimpolizisten sollen jedoch vor zwei Tagen ihre hiesigen Nachforschungen bereits wieder abgeschlossen haben und nach Deutschland zurückgekehrt sein.

Flugverbindung Danzig-Königsberg. Für die Zeit der Königsberger Messe, vom 18. bis 25. Februar, ist vom Flugplan zwischen Danzig und Königsberg genehmigt worden. Der Flugplan ist folgendermaßen festgesetzt: Täglich 9 Uhr und 1 Uhr ab Danzig, 10 Uhr 15 und 2 Uhr 15 an Königsberg; 12 Uhr und 3 Uhr ab Königsberg, 1 Uhr 15 und 4 Uhr 15 an Danzig.

Neue Danziger Briefmarken. Von heute ab gelangen bei allen Postanstalten des Freistaates (auch für Sammlerzwecke an das Publikum) die neuen Dienstmarken zur Ausgabe. Es sind die Werte 75, 80 Pf., 1,25, 2,00, 2,40, 4,00 und 5,00 Mk. Die Marken zeigen den bereits bekannten einfachen Antiqua-Heberdruck D M, bis auf den 5-Mk.-Wert, der den Heberdruck in schrägen Buchstaben zeigt.

Lehren des Beamtenstreiks.

Von E. Kopp.

Das letztjährige Streiken der Eisenbahnbeamten mit der Regierung ist mit einer schweren Niederlage der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter abgeschlossen worden. Wie war das möglich? Wie in den frühen Morgenstunden des 2. Februar der Angriff der sogenannten Kampftruppe der Reichsgewerkschaft, der Lokomotivführer, erfolgte. Ziel er durch seine glänzende Wirkung allgemeine Ueberzeugung in Deutschland hervor. Der Kenner der Verhältnisse wunderte sich darüber nicht, dass er verurteilt den Eisenbahnbetrieb mit einem Uhrwerk, das zum Stillstand kommt, wenn ein wichtiges Rädchen den Dienst verläßt. Die Tätigkeit der Lokomotivführer ist vergleichbar mit dem Räderwerk einer Uhr. Ihre Dienstverweigerung mußte deshalb den Betrieb der Eisenbahn stilllegen. In dem Bewußtsein dieser Machtstellung übten die Lokomotivführer einen unheimlichen Einfluß auf die gewerkschaftlich ungeschulte Leitung der Reichsgewerkschaft aus, und verletzten sie, eine Reihe verhängnisvoller Fehler zu machen. Bereits am ersten Streiktag stand fest, daß der Höhepunkt des Kampfes überschritten war, und weil infolge der verfehlten Taktik eine Steigerung der Kampfmittel in den nächsten Tagen nicht möglich war, mußte mit der Niederlage der so wirksam eingeleiteten Streikbewegung gerechnet werden. Vielleicht wäre der Streik noch viel schneller zusammengebrochen, hätte die Reichsregierung gemeinsam mit den nachgeordneten Behörden auf die Anwendung von Abwehrmitteln verzichtet, die in der militärischen Kaiserzeit, geknüpft auf den Militarismus, üblich und möglich waren. Die republikanischen Freiheiten sollten Zwangsmassnahmen ausschließen, weil sie schließlich nur das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezwecken sollen.

Der Kampf ist nun zu Ende. Der angerichtete Schaden unübersehbar. Milliarden Volkvermögen sind verloren. Für die Streikenden ist nichts, aber auch gar nichts gewonnen; dafür sehr viel verloren. In materieller Beziehung wurde die Uebertragung der für die Arbeiter in Betracht kommenden Uebersteuerungsausschlüsse auch den Beamten angelastet mit der Maßgabe, daß widerrechtliche Wirtschaftshilfen gewährt werden sollen. Diese Zusage ist aber bereits vor dem Streikausbruch gemacht worden. In bezug auf das Arbeitszeitgesetz sollen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen stattfinden. Dabei wird der jetzt verlorene Streik kaum als Druckmittel zur Durchsetzung günstiger Bestimmungen für die Eisenbahner Anwendung finden können. Sicher aber wird sich der verlorene Streik ungünstig auf die neuen beamtenrechtlichen Bestimmungen (Reichsbeamtenrecht, Beamtenrätengesetz, Disziplinargesetz usw.) auswirken.

Was den Streik zu einer besonders schweren Niederlage für die Reichsgewerkschaft stempelt, ist die Vereinbarung über die Maßregelung von Beamten. Die schwere Niederlage, sowie der Verlust des Einkommens für die Streikende und die Unsicherheit in der Existenz dürften sicher das Gros der Beamten veranlassen, sich jetzt Gewerkschaften anzuschließen, die auf Grund ihrer Erfahrung und bisherigen Tätigkeit dafür bürgen, daß ein neues, verfehltes Unternehmen sich zum zweitenmal nicht wiederholt.

Die Koalitionsfrage.

Am 9. Januar hat in Berlin eine Versammlung der russischen Partei der Sozialrevolutionäre stattgefunden, deren Verlauf und Beschlüsse nicht allein die russische politische Welt, sondern auch die deutsche Leserschaft, vor allem aber die deutschen sozialistischen Kreise, interessieren dürften.

Die Versammlung hatte als Thema: Verständigung mit den Bolschewikern. Die beiden

Referenten, der frühere Marineminister Bedebjew und M. G. Glotin, erklärten namens der Partei der Sozialrevolutionäre, daß zwischen diesen und den Kommunisten keine Verständigung möglich ist, da erstens, theoretisch, die Sozialrevolutionäre eine andere Auffassung des Sozialismus hätten als die Kommunisten, zweitens praktisch, da die Sowjetregierung bei den Waffen keine Stütze mehr habe und nur kraft äußerer politischer Umstände existiere. „Es wäre eine Dummheit, sich mit dem Vorkriegsstand zu verständigen, wo man sich doch nicht mit dem Gegner verständigt hat, als er noch stark war.“ Bedebjew führte weiter aus, daß die inneren Verhältnisse Rußlands nicht von einem Hausen einzelner Personen, sondern nur von den eigentlichen Herren des Landes, von den Bauern, gegen die die Bolschewikisten vier Jahre lang gekämpft haben, entschieden werden könnten.

Der Vertreter der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Dalin, erklärte, daß der Moment kommen könne, wo man mit dieser oder jener Partei eine Arbeitsgemeinschaft schließen müsse, um einem größeren Uebel, dem Bürgerkrieg, aus dem Wege zu gehen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat aus diesen Gründen längst die Notwendigkeit der Koalitionspolitik erkannt, ist es doch heute nur auf diese Weise möglich, die Rechte der Arbeiterklasse zu wahren und die deutsche republikanische Staatsform zu befestigen. Die unabhängige sozialdemokratische Partei ist im Gegensatz hierzu anderer Auffassung, und bekanntlich ist das das Haupthindernis für eine Einigung des deutschen Sozialismus.

Friedrich Adler hat kürzlich in der „Freiheit“ bereits für die Koalitionspolitik Stellung genommen, nun hat auch die russische Arbeiterpartei die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den ehrlichen demokratischen Vertretern des Bürgertums anerkannt. Beide Parteien, die österreichische wie die russische, gebühren der Wiener Arbeitsgemeinschaft an. Die U.S.P. gehört auch der Wiener Arbeitsgemeinschaft an. Hoffentlich lernt sie aus dem Verhalten ihrer Bundesgenossen und ändert ihre Auffassung.

Muß denn eine jede Partei erst die Folgen ihrer falschen Politik, muß sie erst Not und Emigration auskosten, bevor sie zur Vernunft kommt? Die U.S.P. hat oft genug die S.P.D. in Grund und Boden gewünscht. Die U.S.P. kann dem Schicksal danken, daß die S.P.D. noch existiert und ihre politischen Aufgaben klar erkannt hat. Wer weiß, wo die deutsche Republik und wo die U.S.P. jetzt wäre!

Der Schutz der Minderheiten in den baltischen Staaten.

Der Rat des Völkerbundes hat sich in seiner letzten Genfer Tagung mit der Frage des Schutzes der Minderheiten in Estland, Lettland und Litauen befaßt. Er stimmte der Aufnahme der drei Staaten zu mit dem Vorbehalt, daß sie die in dem Versailler Friedensvertrag und den folgenden Friedensverträgen vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz der Minderheiten beobachten. Infolgedessen hatte der Generalsekretär des Völkerbundes die drei Staaten eingeladen, sich über ihre Bereitwilligkeit zum Schutz der Minderheiten in ihren Gebieten zu erklären. Nachdem die drei Staaten sich grundsätzlich bereit erklärt haben, die Schutzmaßnahmen zugunsten der völkischen und religiösen Minderheiten gesetzlich festzusetzen, hat der Rat des Völkerbundes die weitere Behandlung dem brasilianischen Vertreter Da Cunha anvertraut, der über die Durchführung des Schutzes der Minderheiten mit den drei baltischen Regierungen verhandeln und über das Ergebnis dem Rat des Völkerbundes Bericht erstatten soll. Die in Frage kommenden Minderheitsgruppen, wozu in erster Linie die deutsche Bevölkerung

zählt, hat also noch Gelegenheit, ihre Rechte bei dem Rat und der Versammlung des Völkerbundes geltend zu machen.

Der Sturz der Regierung Wirth eine Niederlage des Sozialismus.

In einer Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterbrüder hielt vor der Beendigung des Berliner Gemeindefabrikantenstreiks der ehemalige Volksbeauftragte Emil Barth, der der unabhängigen Sozialdemokratie angehört, eine Rede, in der er nach der „Berl. Volkszeitung“ ausführte:

„Die wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Forderungen der Eisenbahner und Kommunalarbeiter seien wohl berechtigt, doch könnte es sich die Forderung zur der Eisenbahnbeamten zur Erhaltung ihrer aus dem Beamtenrecht resultierenden Rechte nicht zu eigen machen. Die Arbeiterschaft müsse vielmehr die Besetzung aller Beamtenprivilegien in die Hände legen und an deren Stelle die Anstellung nach dem freien Angestelltenvertrag fordern. Es sei sehr zu bedauern, daß die Arbeitnehmer in Beamte, Angestellte und Arbeiter zersplittert seien, es sei vielmehr wünschenswert, daß eine gemeinsame Kampfbewegung aller in Arbeit Stehenden geschaffen werde. Ein Generalstreik (so erklärte Barth) im jetzigen Augenblick ist ein vollenbeter Unsinn. Ein Generalstreik in Berlin würde zum Sturz der Regierung führen. Er würde sich aber damit auch gegen die sozialistischen Mitglieder der Regierung richten und somit letzten Endes gegen den Sozialismus.“

Bei diesen Ausführungen Barths erhob sich, wie schon vorher einmal, ein wilder Sturm aus der Tribüne und bei den draußen Harrenden, und „Glaumacher“, „Bremsen“ soll es in den Saal. Wir wollen aber festhalten, daß ein unabhängiger Redner in dem Sturze der Regierung Wirth einen Streich gegen die sozialdemokratischen Minister und letzten Endes gegen den Sozialismus erblickt. Daß das die radikal verheßten Arbeiter nicht hören wollten, läßt sich begreifen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung im Reich.

Mit Rücksicht auf die kommende Erhöhung des Brotpreises und die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten hat der Reichsarbeitsminister sich in einem Rundschreiben an die Regierungen der Länder vom 8. Februar 1922 damit einverstanden erklärt, daß die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen um durchschnittlich 25 vom Hundert erhöht werden, für die jugendlichen Ledigen um durchschnittlich 15 Prozent. Die Regierungen der Länder werden die erforderlichen Anweisungen an die Gemeinden unverzüglich ergehen lassen.

Die neuen Unruhen in Irland. In Belfast kam es zu neuen Schieberereien. In eine Schar Kinder wurden drei Bomben geworfen. Zwei Kinder wurden getötet, 15 andere mußten ins Krankenhaus gebracht werden; drei liegen im Sterben. In Dublin wurden zwei Banken von bewaffneten Männern überfallen, die auf der einen 5000 und auf der andern 6000 Pfund Sterling raubten. Bei einem Ueberfall auf zwei Banken in Sligo wurden 9000 und 8000 Pfund Sterling geraubt.

Kinderschlagungen im Hungergebiet. Wie WTB aus Moskau meldet, ist die Hungerkatastrophe im Verbaischewer Kreis (Gouvernement Saratow) besonders groß. Strohdächer, Hunde, Katzen und Ratten sind längst aufgezehrt. Es mehren sich Raub und Mord. Man frachtet Kinder und schlägt sie. In der Nacht werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen.

Meine Jungen.

Von Rudolf Zwarg.

Ihr wollt die Jugend aufgeben? Bloß noch mit der Anne des Brigelpaukers von dazumal sei sie zu händigen? Ist ja gar nicht wahr, daß sie innerlich faul und zerfallen sei! Gewiß, die hässliche Ordnung in vielfach aus dem Gefüge gegangen, als der Vater fern war. Vermildert, nach, gemäßig, verlorst — so erwidern sie, so gebend sie sich — und: sind doch ganz anders! Habt ihr's noch nicht empfunden, welch ein Durst nach Schönheit, nach Frieden, nach dem Glanze eines anderen Himmels, nach Tiefe und Innerlichkeit sie beherrscht — und was für ein Drang nach Betätigung, nach Arbeit — jawohl, nach Arbeit! Nur in anderen Formen als bisher.

Das Leben drängt mit tausend neuen Erscheinungen auf sie ein. Nie — so scheint's — hat die Menschheit so schnell gelebt, ging alle Entwicklung so reichend hin wie heute. Und da sollten nicht neue Jute, kein aufschließen? Müßt sie bloß nicht fortfliegen mit der Lehrplankeule! Sollen wir Lehrer denn ewig Sklaven des Stoffplans sein? Soll die Verfassung eine Phrase bleiben? Wir sollen die zahllos aufsteigenden Fragen unserer Jungen nicht in besonderen Gesamtunterrichtsstunden befriedigen dürfen? Ich erhielt in einer Quartet in zehn Tagen zweihundertunddreißig Fragen: nach Fremdwörtern, nach technischen, naturwissenschaftlichen, erdkenntnislichen Dingen, nach Begriffen der Wissenschaft und der Politik. Und da soll ich mit einer erhobenen Stimme: „Das versteht ihr noch nicht!“ darüber hinweggehen? Warum feiert man uns die Arme, wenn wir arbeiten wollen?

Nun, nicht verzagt! Fröhliche Augen stimmen mich rasch auch selbst wieder froh. Kunst! Jungens, wie sehen eure Hände hier aus! Rast! wie die Wartehalle einer Badeanstalt. Bilder schaffen! Die Stadt hat eine schöne Auswahl. Wir bauen uns Wechselrahmen, der Vater Tischler spendiert den Leim: gleich sieht es anders, wohlfühler aus! Doch der Drang erwacht, zu sehen, wie so ein Warmorgott

erwacht. Schon öffnet sich uns eine Bildhauerwerkstatt. Ein Maler folgt. Ein Drucker. Und immer neue Arbeitsaufgaben reihen sich an: sie wollen arbeiten, nur anders als bisher, selbständiger, in engerer Fühlung mit Welt und Gegenwart.

Eure neue Landkarte von Europa schaffen wir uns in Gedanken. Nichts ist fruchtbarer, als zu sehen, wie jetzt Staaten entstehen, Grenzen zerfließen: wir erleben einen Umbau der Welt! Wer von uns, der nach 70 die Schule besuchte, kann das sagen! Ein Film rollt heute ab, Jungens; vor euren lebenden Augen wirken die Wirtschaftsmächte gegeneinander, in der weltliche Kapitalismus Abgabmärkte, formen sich Volksstaaten — ein wildes Gewirr von nationalen, sozialen, ökonomischen Gegensätzen, und doch auch da Gesetze drin: und hier wachsen gerade die stumpferen Völker, die oft verlorengegebenen auf, die ausgeprochenen Lausübun tun eifrig mit — wenn nicht alles nur Aufätze blieben!

Dem das System, der Plan, die bürokratische Ordnung nimmt einem die Jungen nach einem halben Jahre oder erschwert alle freiere Bewegung aus ganz äußerlichen Gesichtspunkten. Und schlimmer: Intrigen vergiften unser Vertrauen, politische Spannung füllt die Luft im Lehrerzimmer mit Gypsoxyd, ein aufreibender Kleinkrieg mit tausend Widerwärtigkeiten bindet unsere Kräfte.

Und draußen stehen meine Jungen und warten auf mich! Warum schaff ich uns keine Gemeinschaftsschule? Soll unter Beruf Handwert bleiben und nie werden, was wir erschauen: Dienst an der Jugend?

Und dann auf Fahrt! Da löst sich gar bald der fleißige geordnete Zug — Gruppen bilden sich, Kämpfe entbrennen; ein Ferngericht urteilt über Verräter ab, die die Massenherde verlegen; ein Feuer am Eisrande des Waldsees. Da rückt taucht eine alte Kirche auf, ansehnlich, viel zu wichtig für das kleine Nest. Wir müssen hinein. Ungeahnte Größe birgt sie. Hier lernen die Jungen in einer kurzen Stunde mehr Bau- und Kunstgeschichte als drinnen in der Schule in einem Monat: denn dies hier geschieht aus eigener Wollen heraus.

Daß unser Verkehrston hierbei freier wird, ist Notwendigkeit: die Steifheit des „Dienstes“ löst sich: Wir sind jetzt eine Gesellschaft zur Erforschung der Welt.

Gutes und schlechtes Geld. Die Notenbanken der verschiedenen Länder geben regelmäßig Ausweise über ihren Metallbestand und ihren Banknotenumlauf an die Öffentlichkeit. Diese Ausweise geben einen Ueberblick über die Verbesserung oder Verschlechterung der Geldlage in den betreffenden Staaten. Die Metalldeckung für das Papiergeld ist für die Bewertung von maßgebender Bedeutung. Nach den letzten Ausweisen der Notenbanken, die uns vorliegen, ist ersichtlich, daß der Metallvorrat in den Staatskassen sich stark verändert hat. Von 27 internationalen Zentralnotenbanken haben 5 ihren Metallbestand seit dem vorletzten Ausweis gar nicht verändert. 11 zeigen eine Vermehrung ihres Metallbestandes an und 11 eine Verminderung. An der Spitze derer, die ihren Metallbestand vermehrt haben, marschiert Amerika mit einem um 20,9 Millionen erhöhten Metallbestand als die Woche vorher. Hintenan steht Deutschland mit einer Vermehrung um 100 000 Mk. und nach ihm Ungarn mit einer Vermehrung von 40 000 Kronen. Amerika hat am 12. Januar einen Metallvorrat von 2895,6 Millionen Dollar und einen Notenumlauf von 2293,8 Millionen Dollar, also eine Metalldeckung für sein Papiergeld von 128 v. H. England hatte gegenüber seinem Notenumlauf von 123,6 Millionen Pfund Sterling eine Metalldeckung von 128,5 Millionen, das ist 103 bis 104 v. H. Deckung. Deutschland dagegen zeigte am 7. Januar 113 189,9 Millionen Mark Banknoten an bei einem Metallbestand von 1007,1 Millionen Mark; das entspricht einer Deckung von noch nicht einmal 1 v. H., genau von 0,801 v. H.

Danziger Nachrichten.

Eine kurze Stadtverordnetenversammlung.

Die kürzeste Stadtverordnetenversammlung, die je in Danzigs Hofem Hause tagte, hat gestern stattgefunden. Sie dauerte nicht einmal eine halbe Stunde und dabei standen auf der Tagesordnung sogar Theaterfragen, die früher stets zu einer mehrstündigen Debatte Anlaß gaben. Es wurde so gut wie gar nicht geredet. Das Haus war von der schnell und gut geleisteten Arbeit sichtlich befreit.

Stadtverordnetenvorsteher Keruth eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß vom Danziger Hypothekenverein der Geschäftsbericht für das Jahr 1921 zugestellt wurde. Der Hauptabschluß und die Sonderabschlüsse der einzelnen Verwaltungen für das Rechnungsjahr 1920 waren der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme vorgelegt. Als Mitglied zum Ehrenamt für den Striebach wurde Stadtv. Scheller (Dmit.) gewählt, als Stellvertreter wurde Stadtv. Casfel (D. P.) bestimmt. Die Vorbereitungen für Freilagereise am Kaiserhafen wurden nach dem Vorschlag des Senats erhöht. 20 Jahresrechnungen der städtischen Verwaltung wurden en bloc entlastet, die Staatsüberschreitungen gebilligt.

Die Bezeichnung des Danziger und des Poppoier Stadttheaters

erfordert von der Stadt Danzig einen Zuschuß von 350 000 Mk., der sich um weitere 150 000 Mark erhöht, wenn es nicht gelingt, auch das Wilhelm-Theater in diese Interessengemeinschaft aufzunehmen. Die Versammlung stimmte dem Plane ohne Aussprache zu, nicht einmal die „Spezialisten“ für Theaterfragen schloßen sich zum Reden veranlaßt.

Die Regulierung des Striebaches

betrifft eine Anfrage von Stadtverordneten. Stadtv. Brunzen (Dmit.) wies darauf hin, daß die kommende Schneeschmelze für die Anleger des Striebaches neues Unheil bringen werde. Stadtbaurat Bruhnus erwiderte, daß die Angelegenheit vom Meliorationsamt bearbeitet worden sei, durch den Wechsel der Beamten jedoch eine Verzögerung eingetreten habe. Jetzt seien zwei Entwürfe fertiggestellt und sollen dem Bauausschuß zur Begutachtung vorgelegt werden. Stadtv. Lange (Dmit.) war mit dieser Antwort nicht zufrieden, und erklärte, daß seit dem letzten Ueberschweunungsunglück vor etwa 1/2 Jahren vom Senat so gut wie nichts getan worden sei. Der Antrag auf baldige Regulierung des Striebaches wurde einstimmig angenommen.

Stadtv. Bronicki (Dmit.) erstattete Bericht über Verhandlungen des Petitionsausschusses. Dem Antrage des Ausschusses wurde zugestimmt. U. a. wurde eine Eingabe des Invalidenverbandes dem Senat zur Berücksichtigung empfohlen.

Nach knapp einhalbstündiger Tagung war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft. In der geheimen Sitzung wurde über Anstellung von Beamten, Unterstützung, Wittwengeld, Ruhegehalt usw. verhandelt.

Im Deutschen Heimatland führte gestern Prof. Dr. Salomsky in seinem Vortrag „Eine Weichselfahrt von Thorn nach Danzig“ der Hörerschaft, die den Saal der Naturforschenden Gesellschaft in der Frauengasse bis auf den letzten Platz füllte, den Lauf unseres Heimatflusses mit seinen Schönheiten und Lebenswürdigkeiten vor Augen. Nach kurzen, einführenden Worten über die geologische Ent-

wicklung des Flusgebietes und seiner Umgebung kreifte der Vortragende den weiteren Ausbau des Weichselflusses und seines Mündungsbeckens, beleuchtete die technische Fürsorge, die dem Flusse beim Abfließen entgegen zu setzen, und zeigte dann an Hand einer großen Zahl mähevoll und sorgfältig zusammengetragener, zum Teil ganz vorzüglicher Lichtbilder den Verlauf des Flusses und seiner Uferlande. Mit prägnanter Sachlichkeit, unterstützt von reichem Wissen, wußte er sein Thema plastisch zu gestalten und landschaftliche Netze aufzuzeichnen oder in Erinnerung zu bringen, die eine gesunde Heimatliebe wecken und erhalten müssen. Den Abschluß dieser äußerst interessanten und abwechslungsreichen „Weichselfahrt“ bildete ein Film, der die Schönheiten unserer Heimatstadt in ihren typischen Bildern zeigte. Mehrere Besucher dankte dem Vortragenden für seine anschaulichen und lehrreichen Ausführungen, die einen mehrstündigen trocknen Geographieunterricht reichlich und erfolgreicher zu ersetzen vermochten.

Die Wiedenhöft'schen Millionenbetrügereien.

Urteil 1/4 Jahre Gefängnis.

In 7 1/2stündiger Verhandlung wurde gestern vor der Strafkammer ein Kulturbild unserer Zeit gezeichnet, wie in gewissen Kreisen die Eucht besteht, mühevoll und mit allen Mitteln Geld zu verdienen, wenn man überhaupt von einem Verdienen sprechen könnte. Angeklagt war der Kaufmann Paul Wiedenhöft aus Langfuhr wegen Betruges in neun Fällen und schwerer Weichselfälschung in einem Falle. Die Verhandlung wurde bereits am 10. Januar begonnen, aber verlagert. Gestern wurde sie fortgesetzt und beendet. Die Verhandlung erweckte solch ein Interesse, daß ihr der Generalkanzler, der Oberstaatsanwalt und der Erste Staatsanwalt beiwohnten. Der Angeklagte machte auf dem Danziger Staatlichen Gymnasium das Abiturium, studierte dann 6 Semester in Königsberg, diente dann in Kaufmannswasser bei der Artillerie ein Jahr, trat dann in ein Bankgeschäft ein, zog dann in den Krieg, kam 1917 nach Danzig ins Korpsbesoldungsamt, trat im Dezember 1918 in das Brennstoffamt ein und verließ die Stelle am 1. April 1921. Er ist Offizier. Ein Geldgeschäft machte er bereits 1917. Die strafbaren Handlungen begannen aber erst 1919 und endeten mit seiner Verhaftung im Juli 1921, als er nicht mehr weiter konnte und er überlegte, ob er sich nicht erschießen sollte. Besonders schlechte Zeugnisse werden ihm nicht ausgestellt. Die Zeugen im Gerichtssaal waren zum Teil seine Duzfreunde. Er hat auch nicht gerade ein verkommenberisches Leben geführt. Er führte mit seiner Frau eine einfache Wohnung. Seine Geldgeschäfte machte er in Lokalen oder zu Hause. Seine Gläubiger waren zum Teil Kunden des Spielkassens. Zum Teil waren es auch frühere Angestellte des Brennstoffamts.

Dunkle Geschäfte auf Offiziersehrenwort.

Das Betrugsgeschäft des Angeklagten bestand darin, daß er Geld lich und 5 bis 10 und mehr Prozent Zinsen für einen Monat versprach, also einen jährlichen Zins von 60 bis 120 und sogar über 400 Prozent. Soweit man Bedenken gegen den hohen Zinssatz hatte, weil das strafbarer Geldwucher ist, suchte man ihn zu verschleiern und die Sache als eine Beteiligung darzustellen. Eine Form, die jetzt allgemein üblich ist. Der Rechtsanwalt wies allerdings darauf hin, daß der Betreffte auch das Risiko mit zu übernehmen und für den Verlust einzutreten müsse. Man erhielt aber lediglich die Zinsen. Das Geld wurde immer auf einen Monat geliehen und die Zinssätze wurden auch ausbezahlt.

Oft wurde das Geld gleich wieder weiter geliehen. Die Zinsen bezahlte der Angeklagte mit den neuen Darlehen. Diese Hindbeschaffung kannten die Gläubiger natürlich nicht. Er erzählte, daß er an einem Hamburger Konfitorium beteiligt sei. Sein früherer Vatterleber sei Chef eines großen Hamburger Hauses und beteiligte ihn an dem großartigen Geschäften aus kameradschaftlichem Gefühl. Er machte Geschäfte nach den baltischen Randstaaten, nach Galizien, Ungarn und nach der Tschechoslowakei. Auch Militärbesoldungsscheine verkaufte er ins Ausland. Dann vertief er sich auf Danziger Kaufleute.

Die hohen Zinszahlungen wurden bekannt und lockten die Leute an. Es galt als eine Bevorzugung, wenn Personen in diesen Kreis aufgenommen wurden. Man bot sich dem Angeklagten an und er ließ sich oft bitten, das Darlehen anzunehmen. Die ehemaligen Offiziere hatten zu ihrem Kameraden natürlich großes Vertrauen und er gab ihnen sogar das Offiziersehrenwort, daß das Kapital gesichert sei. Teilweise erschien der hohe Zinssatz unheimlich hoch und man wollte ihn lieber mindern, dafür aber das Kapital sichern. Der Angeklagte war jedoch sehr freigebig.

Der Angeklagte hat diese Geschäfte nie gemacht und es fehlt ihm dafür jeder Beweis. Er bleibt bei seiner Behauptung aber sie erscheint völlig unglaubwürdig. Schließlich hielt er an der Behauptung fest, er habe das Geld beschafft und zwei Deutsch-Polen, namens Messer und Sillig, hätten die Geschäfte gemacht, die so große Gewinne brachten. In einem Wagon Koffeln auf Polen habe man 5000 Mark verdient. Alle polizeilichen Nachforschungen in Danzig und Warschau nach diesen Personen sind vergeblich geblieben. Auch an der Schwarzen Börse sind sie unbekannt.

Der gefällste Wechsel.

Im Juli 1921 sollte der Angeklagte 817 000 Mark zurückzahlen und dazu war er nicht fähig. Ein Kreditorenbücher verlangte nun von ihm einen Wechsel. Der Angeklagte unterschrieb einen Wechsel über 1 400 000 Mark und der Kreditorenbücher bezahlte für ihn die Droschke, damit er sofort einen Akzept hole. Drei Namen wurden von dem Angeklagten genannt, die hinter ihm händeln, die aber tatsächlich von der ganzen Sache nichts wußten: Jewelowski, Munge und Dr. Grünspan. Von letzterem wollte der Angeklagte nun angeblich die Anerkennung des Wechsels holen. Nach einer Stunde kam er mit dieser Anerkennung zurück, doch sie war gefälscht, und zwar von dem Angeklagten. Erst nach einigen Tagen kam dies heraus, als bei Dr. Grünspan telefonisch angefragt wurde. Bald darauf erfolgte dann die Verhaftung und die Rolle war ausgespielt.

Im Wuchergewinn und Kapital geprellt.

Die Zinsen machten dann nähere Mitteilungen über Einzelheiten. Einzelne haben unter Zurechnung der Zinsen ihr Kapital wieder erhalten, andere haben erhebliche Verluste erlitten. Die Betrogenen haben zum Teil noch Geld von andern Personen geliehen und haften jetzt für diese Beträge. Sie ahnten zum Teil den andern nicht den Vorzug, ihr Geld an den Angeklagten zu verlieren. Sie erhielten auch nicht den hohen Zinssatz, sondern mußten sich mit weniger begnügen. Den Gläubigern wurde vom Angeklagten gesagt, das Geld werde auf der Deutschen Bank eingezahlt und liege dort lediglich als Sicherheit und trotzdem glaubten die Betrogenen, daß solch Geld hohe Zinsen tragen könne. Einigen wurde erzählt, der Angeklagte sei Mitglied einer Einkaufsgenossenschaft des Magistrats, die Kohlen einkaufe, was aber auch nicht stimmte. Als der Wechsel ausgeschrieben wurde, erfolgte auch eine Umschreibung der Schuld-scheine, da die Gläubiger Bedenken wegen des Zinses, des Wuchers und der Steuer hatten, wie der Angeklagte sagte.

Ich bin das Schwert!

Roman von

Annemarie von Nathusius.

(88.)

(Fortsetzung.)

Zwar wußte ich, daß der Umschwung meiner Gefühle nie eintreten werde, aber um in Ruhe und Frieden mit ihm auseinander zu kommen, konnte ich mich vorläufig mit einer Trennung begnügen. Wenn nur der heutige Tag überstanden war, wenn er nur ging, um mich meiner Ruhe zu überlassen.

„Du wunderst dich? Du traust mir gar nichts Gutes an?“ fragte er eindringlich.

Ich schämte mich fast, daß ich eine bessere Wendung so gar nicht in Rechnung gezogen hatte. Rasch atmete ich auf, wie von drückender Last befreit.

„Ich danke dir und will deinen Vorschlag annehmen, obwohl ich dir gar keine Hoffnung auf Sinnesänderung machen kann und dich bitten muß, nicht wiederzukommen,“ sagte ich mit so viel Ruhe als möglich.

Er schien nicht überrascht, nicht enttäuscht. Er war überhaupt wie umgewandelt.

„Ich bin, wie du siehst, mit dem kleinsten Zugeständnis zufrieden,“ lächelte er mich an, wie man ein verzogenes Kind beruhigt. „Aber ich habe noch eine Bitte. Begleite mich zu meinem Rechtsanwalt. Ich habe unten einen Wagen. Was dir gehört, möchte ich auf alle Fälle sicherstellen. Ich bringe dich wohlbehalten zurück.“

Ich überlegte. Gern tat ich es nicht. Eine schriftliche Erledigung wäre mir lieber gewesen. Aber wenn ich eine ruhige, glatte Scheidung erreichte, dann konnte ich diesen Gang mit ihm machen. Besonders der Gedanke an einige mir liebe Andenken und Bilder aus Falkenhain sowie meine Bücher, meiner Mutter Wäsche und Silber und manches aus meiner Garderobe, was alles ich in Demin zurückgelassen hatte, verlockte mich, zu fahren. Es waren die einzigen Sachen, die ich nicht vermissen wollte, und brauchte. Gern ließ ich alles zurück, was mir Hans Wandlich im Laufe der Jahre geschenkt, was wir beide an Gaben erhalten hatten. Eine Versorgung durch ihn kam mir gar nicht in den Sinn. Wenn ich nur meine Freiheit bekam. Mehr wünschte ich nicht.

So begann die unselbige Fahrt. Der Chauffeur schien Instruktion zu haben. Ich sagte Hans Wandlich, daß mir nur an meinem aus Falkenhainischem und Bewernischem Besitz stammenden Eigentum etwas läge und daß ich gern auf alles andere verzichtete.

Er bedeckte mich mit einer Staubdecke und lächelte eigenkümlich zu meinen Worten. Als wir uns dem Grunewald näherten, fragte ich erstaunt, wo der Rechtsanwalt sein Bureau habe.

„In der Kolonie,“ war die Antwort. Wir rasten durch die Alleen, an Hundehelie vorüber. Da, wie mit einem Blitz erleuchtet, wußte ich, daß unsere Fahrt ein Ziel hatte, das ich nicht kannte. Mit Gewalt sollte ich verschleppt werden? Wohin? Nach Demin? Warum hatte ich auch nur auf Minuten vergessen, daß dieser Mann zu allem fähig war? „Ich möchte keine Spazierfahrt zu machen,“ brachte ich zitternd hervor, „Ich augenblicklich halten.“

„Merkt du etwas?“ Er lachte mich an. „Nein, mein Kind, mir halten nicht mehr an, bis wir am Ziele sind! Gewalt gegen Gewalt! Habe ich dich nicht gewarnt, dich in einen Kampf mit mir einzulassen?“

„Bist du wahnsinnig? Was soll das heißen? Wir leben doch nicht mehr im Mittelalter?“ stieß ich empört hervor. „Ras sofort halten, oder ich schreie um Hilfe.“

„Dein Schreien wird dir nichts nützen. Du bist übergeschnappt. Kranke interniert man.“

Woll ich Mene machte, mich aus dem rasenden Wagen zu stürzen, umschlang er mich mit dem einen Arm, die freie Hand faßte meine beiden Hände.

Ich stieß einen gellenden Schrei aus. Der Chauffeur sah sich um.

Hans Wandlich winkte, weiter zu fahren.

Was geschah mit mir? Was wollte man mir antun? Ein furchtbarer Gedanke überstet mich. Fast lächelte er mich, so grauenhaft war er. „Kranke interniert man.“ Was bedeuteten diese Worte? Wollte er mich für irrsinnig erklären und mich in einer Anstalt lebendig begaben? Hatte er die Macht dazu? Alle Zeitungsnachrichten über derartige Fälle fielen mir ein. In Holland hatte man eine Frau in die Irrenanstalt gesperrt, um ihr Vermögen zu erlangen. In Wien, in Dresden, überall war es passiert. In Italien hatte man sich einer unbehaglichen Frau in derselben Weise entledigt und als Freunde kamen, sie zu befreien, da war sie wirklich wahnsinnig geworden.

Was geschah mit mir? Wohin fuhr dieser entsetzliche Wagen, in dem ich bereits wie in einer vermauerten Zelle saß?

Die meisten Menschen waren künstlich, warum nicht ein Irrenarzt? Es brauchte ja nicht einmal eine Irrenanstalt zu sein, ein Nerven-sanatorium mit der Abteilung für „Schwere Fälle“ genügte. Ja, da waren sie sicher vor mir und meinen „Pervertitäten“. Dort würde ich ihnen auch den Gefallen tun und über kurz oder lang wahnsinnig werden. Nicht anders möglich. Meine Sinne erirrten sich bereits. Ich hatte das entsetzliche Gefühl, als ob meine Kopfhaut sich unnatürlich zusammenzöge, meine Haare elektrisch sprühten. Meine Fingerspitzen, meine Zähne, meine Füße schmerzten auf eine grausame Weise. Meine Zunge lag wie Blei so schwer im Munde, vor meinen aufgerissenen Augen tanzten gelbe und schwarze Kugeln.

Meine Schreie erstarben, nur noch wie ein Wimmern kam es über meine Lippen, bis auch das sich verlor.

„Ich will dich gesund machen. Alles, was du tust, zeugt von schweren, nervösen Krankheitserscheinungen. Du bist nicht mehr bei dir. Diese Bücher wahnsinniger Gelehrter haben auch dich verrückt gemacht,“ sagte die gebaute Stimme neben mir.

„Glaubst du, wir könnten dich noch frei herumlaufen lassen, damit du vernichtest, was uns heilig ist? Ich habe deine schamlosen Eskzzen gelesen, Beschimpfungen, Verhöhnungen alles dessen, was uns stark und groß gemacht hat. Glaubst du, wir wollten uns von dir durch den Schmutz der Dessenlichkeit ziehen lassen? Glaubst du wirklich, wir würden dir erlauben, durch ein Leben in Freiheit, wie du es nennst, alle unsere Traditionen zu stürzen, unser Ansehen zu vernichten? Frauen, wie dich, muß man unschädlich machen, bis sie Vernunft annehmen. Ich handle im Sinne unserer Familie, daß du es weißt.“

„Eine abgekartete Sache?“ sagte ich ihm an. „Du Teufel, du Elender, der nie einen Funken von Ehre und Ritterlichkeit in sich hatte, der nur für seinen Bauch lebte, du willst über mich zu Gericht sitzen. Was vernichte ich denn, das ist nicht selbst längst vernichtet? So lange ich lebe, will ich euch verfluchen und den Krieg erklären auf Schritt und Tritt. Wer hat mich denn dahin gebracht, wo ich jetzt stehe? Wer hat dafür gesorgt, daß ich Heimat, Familie, alles, was anderen Menschen teuer ist, verachten muß, daß ich heimatlos geworden bin?“

(Fortsetzung folgt.)

Nach dem Entschlusse des Reichspräsidenten...

Der Verteidiger hob hervor, daß in dem die... Verurteilung wurde abgelesen.

Den Butterhöchstpreis überschritten. Der Rentier...

Stadt-Rino. Die Ausschüsse für Jugendpflege...

Joppot. Eingebrochen wurde in das Fischräucher...

Aus dem Osten.

Stettin. Ein folgenschwerer Zusammenstoß...

Großer neuer Fischerhafen an der Samlandküste...

Verdauen (Dinar). 2 Personen verbrannt...

Rönigsberg. Einbesleiche im Pregel...

...während gefanden. Der Mann wurde nach und in...

Rönigsberg. Ob von Verklagungen kein Mi...

Expeditoren. Refusator Goldbarrenschm...

Worst (Wulf). Wölfe in der Gasse? Vor...

Gewerkchaftliches.

Das neue deutsche Arbeitsgerichtsgesetz.

Wie das Reichsarbeitsministerium mittelst...

Mit allen diesen sozial klingenden Nebenarten...

Volkswirtschaftliches.

Schiffsverluste im Jahre 1921. Nach der Jahres...

Die Besatzung der Dampfmaschine... Verurteilung wurde abgelesen.

Die Hölle in den Tod. Auf der vereisten Straße...

Speicher im Berliner Ostbahnhof. Die Anlagen...

Ein eigenartiger Unfall ist einem jungen Kaufmann...

Therese la femme. Wegen zweier deutscher Mädchen...

Ein Liebesidyll vom Lande. Ein tragikomischer...

Hinter den Kulissen einer Kriegsgesellschaft. Mehr...

Danziger Nachrichten.

Aus dem Volkstag.

Ein Herr August Müller — offenbar ein singulärer Name — erhebt schwerwiegende Vorwürfe allgemeiner Art gegen das Inn und Krebels in einigen Bureau des Staatsverwaltungen. Der Hauptanwurf hat betrafen, die Eingabe als ungeeignet zur Verhandlung im Plenum zu erklären, da irgendwelche bestimmte Angaben, die ein Nachprüfen der Beschuldigungen ermögligen, fehlen.

Die Eingaben betr. Preiele gegen die Zollbestimmungen des Danzig-pölnischen Wirtschaftsabkommens sind nach einem Beschluss des Hauptausschusses als erledigt durch Annahme des genannten Abkommens sowie des Zusatzabkommens vom 21. Dezember 1921 anzusehen.

Eine Neuregelung des Kaufmanns- und Gewerbegerichts gefordert die Deutsche Partei. Es wird beantragt, 1. die Verfassungsgrenze ist auf 8000 Mark zu erhöhen, 2. bei Streitigkeiten aus der Erstellung, aus der Form oder dem Inhalt einer Auskunft des Arbeitgebers über den Handlungsgehilfen oder Lehrling ist das Kaufmannsgericht (Gewerbegericht) zuständig.

Ein Antrag der gleichen Partei verlangt die Vorlage eines Gesetzes zur einheitlichen Regelung des Verdingenswesen (Kaufmännisch und gewerblich).

Der Verband der Ziegenzüchtervereine Danzigs bittet um staatliche Hilfe zur Unterhaltung der Ziegenstationen. Der Wirtschaftsausschuss hat beschlossen, die Eingabe dem Senat als Material zu überweisen.

Die Einrichtung einer städtischen Heizungsanstalt erledigt sich nach einem Bericht des Hauptausschusses dadurch, daß die Stadt Danzig nur eine kleine Werkstätte zur Unterhaltung ihrer eigenen Heizungsanstalten eingerichtet hat. Eine Schädigung der Installations- und Heizungsindustrie, sowie der Klempnerbetriebe kann der Hauptausschuss darin nicht erkennen und beantragt daher die Zurückweisung der Eingabe.

Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Durch ein deutsches Gesetz vom 18. Dez. 1921 ist das Gesetz über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 28. Juni 1921, das auch von Danzig übernommen worden ist, ergänzt worden. Das neue vom Senat vorgelegte Gesetz regelt die Versicherungspflicht derjenigen Angestellten, die nach früheren Gesetzen versicherungspflichtig waren, jedoch infolge ihres Jahresarbeitsverdienstes aus der Versicherungspflicht auszuschließen waren und nunmehr auf Grund des neuen Gesetzes wieder versicherungspflichtig werden. Den Wiedereingetragenen werden die versicherungsfreien Monate als Beitragsmonate angerechnet. Weitere Bestimmungen regeln die Befreiung von der Angestelltenversicherung durch eine Lebensversicherung, deren Prämienzahlung nicht geringer sein darf als der Beitrag zur Angestelltenversicherung. Der Antrag auf Befreiung ist bis zum 31. März an die Ausgabestelle zu richten. Die Befreiung wirkt vom 1. August ab.

Arbeiterversammlungen im Elektrizitätswert.

Bei der Wahl am 14. Februar waren insgesamt 160 Personen wahlberechtigt, gewählt haben 134. Davon erhielten die Liste der Freien Gewerkschaften 104 Stimmen, die vereinigten Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ganze 30 Stimmen. Der Rest von 32 Stimmen ist auf Krankheit zurückzuführen. Es entschliefen auf die Liste der Freien Gewerkschaften 4 Vertreter und 8 Ersatzleute, die Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 1 Vertreter und 2 Ersatzleute. Das Ergebnis der Wahl ist ein erfreulicher Sieg der Freien Gewerkschaften.

Der neue Tarif im Transportgewerbe. Zwischen dem Verein der Möbeltransporteure von Danzig, Langfuhr, Dliwa und Boppo und den Arbeitnehmerorganisationen fanden Lohnverhandlungen statt, die zu keiner Einigung führten. Hieraus wurde von beiden Seiten der Schlichtungsausschuss angerufen. Dieser sollte einen Schiedsspruch, wonach der Lohn für Packer, Hilfsarbeiter und Kutscher 385 Mark beträgt. Für das Warten und Füttern der Pferde erhalten die Kutscher 20 Mark pro Woche mehr. In einer Versammlung der Arbeitnehmer wurde Bericht über das Verhandlungsergebnis erstattet. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde der Schiedsspruch durch Abstimmung angenommen. Der Tarif tritt am 1. Februar in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. März.

Das Gas wird schon wieder teurer. Infolge der erhöhten Kohlenpreise tritt auch eine Erhöhung der Gaspreise ein. Die Preise für elektrische Arbeit und für Wasser werden ebenfalls erhöht. Näheres siehe Inserat in der heutigen Nummer unserer Zeitung.

Die Stadtbibliothek hat den Lesesaal wegen Kohlenmangel geschlossen. Bücher werden nur Dienstag und Freitag von 4-6 Uhr ausgegeben.

„Weltraumfälle und Sonnentemperatur“ war das Thema, das der Physiker Dr. Stadthagen gestern abend in einem Experimentalvortrag im Schützenhaus behandelte. In der ihm eigenen Art gelang es dem Vortragenden, seine Hörer in das überaus interessante Gebiet einzuführen. Eingehend erläuterte er die Art der Erzielung sehr tiefer Kältegrade von ca. 220-240 Grad. Zu seinen Experimenten bediente er sich der Luft, welche unter hohem Druck bei -191 Grad flüssig wird. Durch besondere Vorrichtungen gelang es ihm sogar, die verflüchtigte Luft soweit abzukühlen, daß sie kristallisierte. Frappierend waren die einzelnen Darbietungen mit der flüssigen Luft. So das Anzünden einer Zigarre, das Anbraten eines Stücks Fleisch usw. Gleiche Erfolge erzielte der Vortragende auf der entgegengesetzten Seite mit den bisher höchsten Temperaturen durch gesteigerte Entzündung der in den einzelnen Elementen gebundenen Wärmemengen. Zu dem Bruchteil einer Minute konnten Stahlspäne zu einem Block zusammen geschmolzen werden und die tropfende Flüssigkeit gezeigt werden. Durch ein Gemisch von Hammerschlag und Aluminium wurden Temperaturen von ca. 4000 Grad angesetzt und die feurigflüssige Masse ergoß sich durch eine ca. 78 Zentimeter hohe Wasserfäule und durchbrannte eine Stahlplatte von ca. 4 Millimeter Stärke. Nur die Sonnentemperatur, welche schätzungsweise 6700-7000 Grad Celsius erreicht ist höher als die experimentell erreichten. Die für jeden Laien klar verständlichen Ausführungen fanden reichlichen Beifall.

Hat Jesus noch Bedeutung für uns? lautet das Thema eines öffentlichen Vortrages, der von der freien religiösen Gemeinde am Freitag veranstaltet wird. Bei dem regen

Interesse, das jetzt geistigen Fragen allgemein entgegengebracht wird, dürfte das geistliche Thema vielen eine willkommenen Gelegenheit zur Orientierung bieten. Näheres in der heutigen Ausgabe.

Auflösung der Liegenhofer Stadtvorordnetenversammlung.

Die Stadtvorordnetenversammlung in Liegenhof hat in einer am Sonnabend stattgefundenen Sitzung ihre Auflösung beschlossen. Der Beschluss soll von der Stadtvorordnetenversammlung und auch vom Magistrat einstimmig gefaßt worden sein, da eine Zusammenarbeit beider Körperschaften nicht mehr möglich gewesen sein soll. Mit einer baldigen Neuwahl dürfte zu rechnen sein.

Dreifacher Ladeneinbruch. In der Nacht von Montag auf Dienstag wurde in das Konfektionshaus, Ecke Vorkädtischer Graben und Fleischerstraße eingebrochen. Die Eindrehler zertrümmerten die Ladenschleibe und hielten eine Anzahl Hosen zwischen den Gitterstäben heraus. Da das Geschäft an einer Straßenecke liegt, ist es schwer verständlich, wie die Eindrehler ungehindert ihr dunkles Gewerbe ausüben konnten, ohne bemerkt zu werden.

Unerwartete Diebe. Eine Bezirkswache der Schutzpolizei wurde von einer Zivilperson darauf aufmerksam gemacht, daß fast alle Tage während der Arbeitszeit aus dem Geschäft einer kleinen Firma in der Söpingstraße (Wasserseite) größere und kleinere Beutel mit Inhalt gestohlen und gleich auf der Straße an Mittelspersonen weitergegeben werden. Die Schutzpolizei konnte der Täter bisher nicht habhaft werden, da einer derselben seine zwei Töchter im Alter von 10 und 11 Jahren beauftragt aufzupassen und wenn Polizei komme, ihn zu benachrichtigen. Erst durch Entsendung von Beamten in Zivil konnten die Täter gefaßt werden. Er handelt sich um zwei Arbeiter. Eine sofort vorgenommene Hausdurchsuchung förderte eine größere Menge gestohlener Sachen zutage.

Polizeibericht vom 15. Februar. Festgenommen: 19 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 7 in Polizeihaft. — Obdachlos: 4 Personen. — Gefunden: 1 schwarzes Portemonnaie mit größerem Geldbetrag, 1 schwarze Geldtasche mit Inhalt, 1 schwarzes Portemonnaie mit Krankenheft für Margarete König, 1 linker Damengummischuh, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums. 1 goldener Kneifer, abzuholen von Frau Paula Schröder, Anton-Müller-Weg 4b. 1 stählerne Damenuhr, am Seberlemer, abzuholen von Herrn Oberfeuerwehrmann Dypke, Prebigerstraße 7. 1 graue Schäferhündin, abzuholen von Herrn Konrad v. Sojetti, Trojengasse 4. — Verloren: 1 schwarze Handtasche, gest. E. K., enthaltend 1 Portemonnaie mit Geld, Taschentuch, Handschuhen, Schere usw. 1 goldene Damenuhr, im goldenen Uhrarmband. 1 schwarzen Pompadour, enthaltend Taschentuch und goldenes Pincenez, abzugeben im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Die Sehnsucht unserer Agrarier.

Das menschenfreundliche Bemühen unserer Agrarier, aus ihren Produkten die schlimmsten Wucherprofite herauszuschinden, spüren wir tagtäglich so nachdrücklich, daß wir darüber kaum noch Worte machen brauchen. Aber selbst die rückwärtslose Ausbeutung der breitesten Volksschicht durch ständige Erhöhungen der Preise für ihre sämtlichen Erzeugnisse genügt diesen Herrschaften nicht. Sie waren es gewohnt und es ist noch immer das Ziel ihrer Sehnsucht, auch ihre Arbeiter auf die schamloseste Weise auszubeuten. Obwohl den Landwirten die Erhöhung der Löhne stets ein billiges Argument zur „Begründung“ ihrer Preisforderungen ist, muß die Landarbeiterschaft stets einen harten Kampf um die Gewährung eines nur dürftigen Einkommens führen. Aber selbst die in mühseligen Tarifverhandlungen erkämpften kleinen Zugeständnisse sind den Agrariern, die bei ihren Preisfestsetzungen durchaus nicht kleinlich sind, noch zu viel. So versuchen sie, die ihnen durch den Landarbeiterverband abgetrohten Tarifverträge durch Sonderverträge zu umgehen. Diese Sonderverträge sind ein Zeichen dafür, wie unsere Agrarier am liebsten mit der ganzen Landarbeiterschaft umspringen möchten. Nicht nur, daß darin die betreffenden Arbeiter um die geringsten wirtschaftlichen Verbesserungen gebracht werden, scheint man sich nicht die alte Härigkeit der Gesindeordnung wieder herzustellen. So liegen uns zwei bedauerliche „Verträge“ vor, die am besten den „arbeiterfreundlichen“ Geist unserer deutschnationalen Agrarier erkennen lassen. Ein Vertrag stammt aus dem Großen Werder, während der andere im Kreise Danzig-Höhe das Licht der Welt erblickt hat. Sie sind ein Beweis dafür, daß die Agrarier in beiden Winkeln des Freistaates in ihren Absichten durchaus harmonieren. Das Dokument aus dem Werder hat folgenden Wortlaut:

Zwischen unterzeichneten Kontrahenten ist heute folgender Vertrag abgeschlossen worden:

1. Arbeiter . . . ist bei dem Arbeitgeber . . . als Knecht und verpflichtet sich, sämtliche Arbeiten, die ein Vollarbeiter in einer Landwirtschaft zu leisten hat, zu machen.
2. Die Frau und Kinder des Arbeiters . . . können, wenn dringend Arbeit im Hofe vorliegt, auf Verlangen des Arbeitgebers mit zur Arbeit rangezogen werden.
3. In dringenden Fällen verpflichtet sich . . . auf Verlangen des Arbeitgebers auch außer der Arbeitszeit jede notwendige Arbeit zu verrichten.
4. Ohne Erlaubnis des Arbeitgebers darf kein Stroh aus der Scheune entnommen werden.
5. Während der Arbeitszeit ist das Rauchen nicht erlaubt, sollte . . . trotzdem während der Arbeit rauchen, so ist . . . berechtigt, ihm eine Strafe von 50 Mark aufzuerlegen und vom Lohn abzuziehen.
6. Arbeiter . . . verpflichtet sich, die Interessen seines Arbeitgebers in jeder Hinsicht wahrzunehmen.
7. Arbeiter . . . erhält, wenn er seiner Arbeit als Vollarbeiter nachkommt und auch die anderen hier im Kontrakt vorkommenden Paragraphen befolgt, tarifmäßigen Lohn als Deputant und verheirateter Vollarbeiter.

Wenn der Arbeiter also auch seine Familie mit verdingt und sich willenlos allen Befehlen des Arbeitgebers auch außerhalb der Arbeitszeit (Wrenzen gibt es für diese anscheinend überhaupt nicht) unterwirft, soll er den tarifmäßigen Lohn erhalten. Darin ist dieser Arbeitgeber noch großzügig. Im Kreise Danzig-Höhe ist man auch in dieser Hinsicht viel schiver. Wenigstens zeigt dies ein Vertrag, den eine Gutbesitzerin mit einem Arbeiter in folgender Weise abgeschlossen hat:

Die Gutbesitzerin K. und der Arbeiter W. schließen heute folgenden Vertrag:

1. W. tritt am 11. November 1921 bis 11. November 1922 seinen Dienst an.
2. W. erhält freie Wohnung, freies Licht, den ihm am Hause bekannten Garten.
3. Auf dem Felde einen Morgen ausgehängtes Rartoffelfeld.
4. 4 Meter Abohenholz, 30 Zentner Kohlen oder 75 Zentner Torf, 18 Zentner Roggen, 1 Zentner Erbsen, 1 Zentner Gemenge, 1 Zentner Weizen.
5. Täglich einen Liter Milch.
6. An Geld wöchentlich 25 (fünfundzwanzig) Mark.
7. An Krankentafelbeiträgen leistet W. zwei Drittel und Frau K. ein Drittel des Betrages, die Invalidenbeiträge je zur Hälfte.
8. muß um 5 Uhr morgens im Stalle sein. Die Frau muß in dringenden Fällen auf Erfordern gegen den ordnungsmäßigen Lohn zur Arbeit kommen.
9. Falls W. in einen Verband eintritt, ist der Vertrag sofort aufgehoben und muß W. sofort die Arbeit verlassen und seine Wohnung räumen.

Dieser Vertrag ist ein Muster agrarischer Frechheit. Nicht nur, daß man dem Arbeiter verfassungswidrig den Eintritt in die Organisation verbietet, weist man ihn mit einem wöchentlichen Trinkgeld von 25 Mark ab. Diese reichen vielleicht gerade zur Bezahlung der Krankentafel- und Invalidenbeiträge. Die Landarbeiter sollten aus diesem Vorgehen der Besitzer erneut erfahren, wie notwendig ihre Geschlossenheit ist, um die Absichten der Agrarier zu schänden werden zu lassen.

Kalkhof. Der Steinmetzmeister Gustav Faust, Martensburg Westpr., gibt in einer Eingabe an den Volkstag an, daß die Gemeinde Kalkhof ihm noch einen Restbetrag von 30 097,51 Mark für geleistete Mauerarbeiten schulde und fordert die sofortige Zahlung des ganzen Betrages an ihn. Wie die Gemeinde Kalkhof dem Ausschuss mitteilte, wurden am 1. 12. 1921 25 000 Mark Herrn Faust überwiesen. Der Rest von 5 097,51 Mark wurde wegen mangelhafter Ausführung der Arbeiten im Einvernehmen mit Faust zurückgehalten. Der Rechtsausschuss beschloß Zurückweisung der Eingabe.

Veranstaltungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig:
1. Bezirk: Mittwoch, den 15. Februar, abends 7 Uhr: Wichtige Vorstandssitzung im Parteibureau.
Arbeiter-Jugend Danzig:
Mittwoch, abends 7 Uhr, im Heim, Märchenabend. Freitag, im Heim, Mandolinenabend.
Metallarbeiterverband! Achtung! Mitglieder der Danziger Werk und der Metallwerkstätten! Es finden folgende Versammlungen statt:
Mittwoch, den 15. Februar, 8 1/2 Uhr bei Müller Niedere Seigen: Aeselschmiede und Lokomotivwerkstätten. Tagesordnung: Stellungnahme zum Schiedsspruch.
Donnerstag, den 16. Februar, 8 1/2 Uhr bei Schmitz, Schlägungasse, und Müller, Niedere Seigen: Urabstimmung für die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes über Ausnahme des Schiedsspruches. Sowohl in den Versammlungen als auch bei der Urabstimmung ist das Verbandsbuch vorzuzeigen, ohne dies keine Abstimmung und kein Versammlungsbefehl. Die Mitglieder der übrigen Verbände erhalten Weisung von ihren Organisationen.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	5,57 1/2 - 60	am Vortage 5,80
Amer. Dollar .:	197	" " 200
Englische Pfund:	866	" " -



Wasserstandsrichten am 15. Februar 1922.

	13.2	14.2	Kurzebrack . . .	+ 1,44	+ 1,39
Zamsthoft . . .	+ 1,11	+ .	Montauer Spitze . . .	+ 0,82	+ 0,77
	13.2	14.2	Pielak	+ 0,83	+ 0,77
Warshaw . . .	+ 1,32	+ .	Dirschau	+ 0,30	+ 0,28
	13.2	14.2	Einlage	+ 1,92	+ 1,90
Ploch	+ 1,16	+ .	Schienenhorst . . .	+ 2,14	+ 2,18
	14.2	15.2	Rogat:		
Thorn	+ 1,10	+ 1,06	Schöna D. P.	+ 6,65	+ 6,65
Fordou	+ 0,53	+ 0,52	Galgenberg D. P. . .	+ 4,72	+ 4,73
Culm	+ 1,10	+ 1,08	Neuhorsterbusch . .	+ 2,04	+ 2,04
Grändenz . . .	+ 0,82	+ 0,78	Unwachs	+ 0,81	+ 0,78

W e t s e l : Von Km. 0 (Schilow) bis Km. 180 Gistand. mit Blänken bei Km. 84,7 bis 66 und Km. 92 bis 98; Eis- aufbruch vor Ort bis Km. 180, von dort bis zur Mündung in der Bruchrinne Bruchsteinen. Eisabtrieb in See gut. — Eisbrechdampfer „Brache“ und „Rogat“ brechen vor Ort; „Drewno“ bunkert in Dirschau, „Montau“ Streckendienst von Einlage bis Bruchstelle, „Ossa“ kreuzt in der Mündung. Rogat: Eisdecke.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Bopp in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Dliwa. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Die Hochbader.

In der „Welt am Montag“ veröffentlicht ein ehemaliges Mitglied des Freikorps Hochbad, namens Martin Richter, einen ausführlichen Bericht über das Treiben der Mitglieder dieser Bande in Oberschlesien. Die „Kulturblätter“ teilen wir folgende Absätze aus den Schilderungen des ehemaligen Hochbadmannes mit:

Was viel zu leiden hatten manche Bauern in Kattowitz, Radlau, Alt-Rarmunkau, Friedrichswille usw., kurz in der ganzen Gegend. In allen möglichen Verkleidungen, mit Gewehren oder mit Pistolen versehenen Gesichtern ahnten die Hochbader, auch die Kattowitzer, wie ich mich persönlich überzeugen konnte, zu den Bauern, um angeblich nach Waffen zu suchen, wozu noch nie einer den Auftrag erhalten hatte. Waffen wurden natürlich nie gefunden, was ja auch Nebensache war, denn, was sie suchten, war Geld, und das wurde mit Hilfe der Sammelkassen und Karabiner, welche eine Wänschelkarte voll erfekten, meist auch gefunden. Und die Kipo in Kattowitz sah nicht. Die Kipo-Beamten in Sternalitz, die ich schon erwähnte, werden sich sehr gut an die Raubüberfälle und Schieberleuten erinnern können.

Hand und Fuß im Dorf eine Hochzeit statt, fanden sie auch bald einige schwer bewaffnete Hochbader auf dem Tanzboden. Die Gastwirte waren meistens froh, wenn sie Heibereten vermeiden konnten, dadurch, daß sie die Kerle umsonst bewirteten. Jeder zweite Tanz beinahe wurde von ihnen „beschnappt“. Als und zu stellen sich die „Herren“ im Saale auf: Heil dir im — —, das sog. Hochbad-Lied usw. Raßm einer der Gäste Antob, hatte der Friede ein Ende und die Festlichkeit der armen Leute auch. Die Gastwirte in Radlau, Kattowitz und Friedrichswille können ein Lied davon singen.

Amüßert habe ich mich über eine Dame, die sonderbar veranlagt scheint. Es war eine „Frau Hauptmann“ Fied, die hier im Auto zu uns kam mit Offizieren, die sie fuhr. Sie trug Offiziersuniform, Gamaschen usw., ließ sich von uns Ehrenbezeugungen machen wie ein Offizier. Es war angeblich eine geschiedene Frau, die ihren Wagen den Herren Offizieren zur Verfügung stellte.

Das ist nur ein kleiner Auschnitt aus den Schilderungen Richters. — Durch ein raffiniertes Lohnabzugssystem werden auch die Leute gezwungen, bei dem Freikorps zu bleiben, bis sich gern von dieser

Gesellschaft lösen wollen. Dazu treten dann noch verblühende Bedrohungen. Natürlich blüht auch der Waffenschmuggel bei dieser Gesellschaft. Am Schluß teilt der Einsender mit, daß nach seiner festen Ueberzeugung trotz der Auflösung des Freikorps Hochbad dieses ebenso weiterbesteht wie seine Werkstätten.

Ein wirklicher Ausnahmefall. In einer größeren bayerischen Amtsstelle ereignete es sich, daß ein hübsches blondes Tippfräulein mit Hilfe eines ebenso hübschen schneidigen Referendars ein Kind bekam. Nach Gelantwerden dieser Tatsache herrschte zunächst allgemeine stille Entrüstung. Man überlegte höheren Orts, ob in diesem Fall „Dienstentlassung“ (bei ihr) und „Strafverfehlung“ (bei ihm) Platz greifen müsse, gelangte aber schließlich doch zu einer weit milderen Auffassung der Angelegenheit. Die Beamtendisziplinarkammer kam schließlich zu folgender Entscheidung: Von einer Bestrafung des Paares wegen stiller Verfehlungen auf dienstdisziplinarischer Grundlage ist Abstand zu nehmen, nachdem im genannten Amte dies bis jetzt der einzige Fall ist, an dem mit Lust und Liebe gearbeitet wurde, ferner der erste Fall, der nach neun Monaten schon erledigt war, und endlich einmal eine Sache, die auch Hand und Fuß habe. . . .

Ämliche Bekanntmachungen.

Wegen der erhöhten Kohlenpreise treten — gemäß Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 14. Juni 1921 — für den Verbrauch von den nach dem 15. Februar d. Js. stattfindenden Ableisungen an gerechnet folgende Preise in Kraft:

I. für Leucht-, Koch- und Heizgas

- a) aus gewöhnlichen Gasanlagen 3,50 Mk. je Kubikmeter
- b) aus kostenfrei gelieferten Gasanlagen 3,52 Mk. je Kubikmeter

II. für elektrische Arbeit

- a) für Beleuchtungszwecke 5,30 Mk. je Kilowattstunde
- b) für Kraftzwecke 4,30 Mk. je Kilowattstunde

III. für Wasser

1,70 Mk. je Kubikmeter

Danzig, den 14. Februar 1922.

Der Senat.

Städtisches Betriebsamt. (6130)

Oeffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das IV. Vierteljahr (Januar/März 1922) sind bis zum 20. Februar d. Js. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Bei Zufendung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Absetzers und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 20. Februar d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitragskosten fällig werden und miteinander zu begleichen sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

Kassenzustunden werktäglich von 9—11 Uhr vormittags.

Danzig, den 7. Februar 1922. (6129)
Städtische Steuerkasse.

Die Eltern, Pfleger und Vormünder derjenigen schulpflichtigen aber noch nicht eingeschulten Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1921 bis einschließlich 30. Juni 1922 ihr 6. Lebensjahr vollenden, werden hiermit aufgefordert, zum Zwecke der Einschulung diese Kinder am 16., 17. oder 18. Februar dieses Jahres in den Stunden von 8 bis 10 Uhr vormittags bei dem Leiter der Schule ihres Bezirks anzumelden. Die Leiter werden in ihren Schulen in der festgesetzten Zeit zur Entgegennahme der Anmeldungen bereit sein.

Zu den Anmeldungen sind die Geburts- und Impfhefte der Kinder mitzubringen.

Die Unterlassung der rechtzeitigen Einschulung eines Kindes hat die gesetzlichen Zwangsmaßnahmen zur Folge.

Danzig, den 8. Februar 1922. (6043)
Die Schuldeputation.

Stadtbibliothek.

Wegen Kohlenmangels bleibt der Lesesaal der Stadtbibliothek vom 16. Februar ab bis auf weiteres geschlossen. Bücherentlehnung nur Dienstag und Freitag nachmittags 4—6 Uhr. (6128)
Der Direktor.

Freie religiöse Gemeinde
Oeffentlich. Vortrag
Freitag, den 17. Februar, 6 Uhr abends, in der Aula der Scherler'schen Schule, Pöggendorfpl. 15.
Herr Prediger Siegmeyer:
Hat Jesus noch Bedeutung für uns?
Eintritt frei! (6123)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schäper.

Heute, Mittwoch, den 15. Februar, abends 8^{1/2} Uhr
Dauerkarten B 2. Gastspielpreise!
Einmal. Gastsp. d. Kammerfängerin Marcella Koeseler

Lauhäuser

und der Sängerkrieg auf der Wartburg
von Richard Wagner.

Szenische Leitung: Oberspielleiter Julius Brischke.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Elisabeth . . . Marcella Koeseler als Gast.
Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2.
Anna Bolynn. Ein Prolog und 6 Szenen.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2. Neu
einstudiert. Der Barbier von Sevilla. Oper
in 2 Akten.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, den 15. Februar,
abends 7^{1/2} Uhr
Kasseneröffnung 6 Uhr

„Der Vogelhändler“

Operette in 3 Akten von Karl Zeller.

Freitag, den 17. Februar:
„Der Vogelhändler“

Vorverkauf im Warenhaus Uehr, Freymann, Kohlenmarkt
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. (6047)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Stadt-Kino

Freitag, 17. Februar 1922, nachm. 4 Uhr, abends 7 Uhr,
Oberrealschule St. Petri und Pauli, Hansaplatz:

Die Rüdorsdorfer Kalkberge,
Herstellung einer Tageszeitung,
Die Niagarafälle,
Stierkampf in Spanien,
Tuntfischfang auf Sizilien,
Wintersport in den Alpen,
Obsternte in Kalifornien,
An Bord eines Fischdampfers,
sowie Tier- und Scherzfilme.

Eintrittspreis 3,— Mark, Schüler 2,— Mark.
Vorverkauf bei Max Schneider (Saunier's
Buchhandlung) Langgasse 9. (6124)

Lichtbild-Theater

III. Damm 3. (6125)

Spielplan

vom 15. bis 17. Febr. 1922

in atemlose Spannung versetzt Sie der 2. Teil

„Judex“

Das Rätsel der Kriminalistik.

Ausl. Abenteuerroman in 5 abgeschl. Teilen

4. Episode: Die phantastische Meute.

5. „Der leere Sarg.“

Söhne der Nacht

Die Macht der Liebe.

Ein Spiel mit Sensationen in 5 Akten.

„O, du armer Jonathan“

Lustspiel in 3 Akten.

(6124)

Möbel aller Art

wie

Schlafzimmer, Küchenmöbel, Standuhren

Speisezimmer und Polstermöbel

A. Huse, Danzig,

Fleischergasse 75/77 :: Telephon 1963.

Linden-Restaurant und Café

Telephon 2908 Dir.: Gustav Rasch Altst. Graben 93

Kapellmeister Moschkowitz

aus der Krim ist wieder eingetroffen und leitet die Hauskapelle.

6049

„KABARETT“

HANS SCHWAB

Altstadtsgraben 22

Linden-Kabarett

(6124)

Volkfürsorge,

Bewerkschaftlich-Genossen-

schaftliche Versicherungs-

Ärztengesellschaft

— Sterbekasse. —

Rein Pollicenverfall.

Wichtige Taktik für

Erwachsene und Kinder.

Zukunft in den Bureaus

der Arbeiterorganisationen

und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,

Mattenbuden 35.

(6124)

„KABARETT“

HANS SCHWAB

Altstadtsgraben 22

Linden-Kabarett

(6124)

„KABARETT“

HANS SCHWAB</